

Polens Solidarität mit Ukrainern schwindet

Immer häufiger berichten in Polen lebende ukrainische Migranten und Geflüchtete von Anfeindungen. Aber auch Desinformationen schüren die negative Stimmung.

Daniela Prugger aus Warschau

Man muss in Warschau irgendwann nach den ukrainischen Symbolen suchen. An manchen Selbstbedienungskassen erscheint neben Englisch noch Ukrainisch als Sprachoption. In einigen Untergrundpassagen leuchten verblasste Graffiti in gelb-blauen Farben, mit Sonnenblumen und folkloristischen Ornamenten. Doch in der Altstadt ist es heute wieder leichter, Souvenirs mit dem Konterfei des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. zu finden als ukrainische Flaggen. Nach Kriegsbeginn im Jahr 2022 war das anders.

Überall in polnischen Städten waren damals Zeichen der Solidarität zu sehen, auf öffentlichen Plätzen, in Cafés, Restaurants, in den Fenstern von privaten Wohnungen. Die Ukraine verteidigt auch den Rest von Europa, hieß es damals in Polen. Nun hängt an der Fassade des Verteidigungsministeriums ein Banner, wo man wieder der eigenen Armee für ihren Dienst dankt.

Öffentliche Anfeindungen

Nach außen gilt Polen noch immer als einer der wichtigsten Verbündeten der Ukraine. Doch die Stimmung im Land hat sich stark verändert, sagt Oleksandra Iwaniuk, Assistenzprofessorin an der Universität Warschau. Die gebürtige Ukrainerin lebt seit 2010 in Polen und berichtet, wie auch viele andere Ukrainer und Ukrainerinnen, von Anfeindungen. Ende Juli wurde sie in einer Straßenbahn von einem Mann verbal attackiert – nur weil sie sich mit einer Landsfrau unterhielt. Seitdem habe sie Angst, in der Öffentlichkeit Ukrainisch zu sprechen. „Es ist nicht so, dass ich zum ersten Mal in meinem Leben diskriminiert wurde. Aber der Unterschied war, dass niemand eingeschritten ist. Keiner der anderen Fahrgäste hat reagiert“, sagt Iwaniuk.

Nachdem sie den Vorfall auf Facebook geschildert hatte, fanden sich unter den 175 Kommentaren zahlreiche Stimmen von anderen Ukrainerinnen und Ukrainern, die Ähnliches erlebt hatten. Die aufgefordert wurden, Polnisch zu sprechen.



Ukrainerinnen und Ukrainer in Polen, wie hier am Unabhängigkeitstag ihres Landes in Warschau, haben zusehends mit Feindseligkeiten zu kämpfen.

Und mit der Sprache hat sich auch die Einstellung der Menschen verändert.“ Tatar spricht von einem Anstieg an Hassverbrechen und Anfeindungen, deren Ausmaß sich kaum beifallen lasse. „Nur ein kleiner Teil der Ukrainer entscheidet sich, zur Polizei zu gehen“, sagt sie.

Doch allein im sogenannten Brauen Buch ihrer Organisation sind in den vergangenen Monaten zahlreiche verbale und physische Angriffe gegen Ukrainer dokumentiert worden, dazu kommen auch Einträge über Rechts-ausländer-Politiker, die russische Kriegsverbrechen verleugnen. Wie groß das Problem von Falschinformationen ist, zeigte sich auch in der Nacht auf den 10. September, als russische Kampfdrohnen in den polnischen Luftraum eindrangen. Laut dem polnischen Analytikerkollektiv Res Futura war die am meisten verbreitete These in den sozialen Medien, dass es sich dabei um eine Provokation der Ukrainer handelte, die absichtlich Drohnen starten ließ, um Polen und die Nato in den Krieg zu ziehen.

„Not our war“

Anna Tatar erzählt auch, dass ihr im öffentlichen Stadtbild in Warschau immer häufiger der gesprochene Spruch „Not our war“ – „nicht unser Krieg“ begegnet. Dabei bleibt der Krieg auch für Polen eine reale Bedrohung. Erst kürzlich forderte Außenminister Radosław Sikorski Europa dazu auf, sich auf einen russischen Angriff vorzubereiten. Man müsse der Ukraine dringend mehr Flugabwehrmittel sowie Kurz- und Mittelstreckenwaffen liefern, sagte er. Sikorski hofft, dass US-Präsident Donald Trump Langstreckenraketen vom Typ Tomahawk bereitstellt. Noch am Freitag könnte Präsident Wolodymyr Selenskyj in Washington mit Trump darüber verhandeln.

Die Zeichen stehen weiterhin auf einen langen Krieg, und die Ukrainerin Oleksandra Iwaniuk blickt mit Sorge auf die kommenden Monate: „Wir sehen, dass bereits jetzt Stimmung für die Parlamentswahlen im Jahr 2027 gemacht wird.“

Denen man sagte, sie sollten dorthin zurückkehren, wo sie herkamen. Ein Nutzer postete das Foto von einem Auto mit ukrainischem Kennzeichen, auf dessen Motorhaube die Aufforderung „An die Front“ geschmiert wurde.

Unter dem Slogan „Stoppt die Ukrainisierung Polens“ haben Rechts-ausländer-Politiker in diesem Jahr in mehreren Städten demonstrativ ukrainische Flaggen von öffentlichen Plätzen entfernt. Unter anderem geschah dies im Rahmen von politischen Kundgebungen des rechtsextremen Europaparlamentärs Grzegorz Braun, der in diesem Jahr für das Präsidentenamt kandidierte. Gewonnen hat die Wahl Anfang Juni schließlich Karol Nawrocki, ein 42-jähriger Trump-Bewunderer. Unterstützt wird Nawrocki von der rechtspopulistischen PiS-Partei. Er lehnt einen Beitritt der Ukrainer zur Nato und zur EU ab und hat Ende August per Veto Sozialhilfen für die schätzungsweise eine Million geflüchteten Ukrainer gekürzt.

Seit der Präsidentschaftswahl sei ein neuer Trend zu beobachten, sagt Anna Tatar von der antirassistischen Organisation Never Again in Warschau. „Die öffentliche Sprache hat sich verändert. Im Sommer gab es eine regelrechte fremdenfeindliche Hysterie gegenüber Migranten.“

raine zur Nato und zur EU ab und hat Ende August per Veto Sozialhilfen für die schätzungsweise eine Million geflüchteten Ukrainer gekürzt.

Seit der Präsidentschaftswahl sei ein neuer Trend zu beobachten, sagt Anna Tatar von der antirassistischen Organisation Never Again in Warschau. „Die öffentliche Sprache hat sich verändert. Im Sommer gab es eine regelrechte fremdenfeindliche Hysterie gegenüber Migranten.“

KURZ GEMELDET

Pakistan und Afghanistan vereinbaren Waffenruhe

Islamabad – Nach immer wieder ausbrechenden Kämpfen im Grenzgebiet haben sich Pakistan und Afghanistan am Mittwoch auf eine vorerst befristete Waffenruhe geeinigt. Sie soll für 48 Stunden ab 15 Uhr MESZ gelten, wie das pakistanische Außenministerium mitteilte. Die Frist solle genutzt werden, um eine Lösung für den Konflikt zu finden. Die Waffenruhe sei auf Bitten der afghanischen Taliban-Regierung vereinbart worden. Der Sprecher der Taliban, Sabiullah Mudschahid, erklärte hingegen, die Einigung sei auf „Bitten und Drängen der pakistanischen Seite“ zustande gekommen. (Reuters)

Kandidat vor Wahl im Irak durch Autobombe getötet

Bagdad – Im Irak ist ein Kandidat für die bevorstehenden Parlamentswahlen getötet worden. Safaa al-Mashhadani sei ums Leben gekommen, als eine unter seinem Fahrzeug angebrachte Sprengladung explodierte, meldete die staatliche Nachrichtenagentur INA. Vier weitere Personen, die sich mit ihm im Fahrzeug befanden, seien bei dem Vorfall nördlich von Bagdad verletzt worden. (dpa)

„Wehrdienst-Lotterie“ sorgt für Koalitionskräfte in Berlin

Verteidigungsminister legte sich gegen ausgehandeltes Verfahren zur Rekrutierung junger Männer quer

Birgit Baumann aus Berlin

Bevor sich der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) am Mittwoch auf den Weg zum Nato-Gipfel aufmachte, hatte er in Berlin – mit Blick auf den neuen Streit in der Koalition – noch etwas klarzustellen: „Es ist ja gar nichts passiert.“ Und dass das neue Wehrdienstgesetz natürlich, wie geplant, am 1. Jänner 2026 in Kraft treten werde.

In diesem Punkt sind sich Union und SPD auch einig. Es braucht das neue Gesetz, um mehr Soldatinnen und Soldaten zur Bundeswehr zu bringen. 80.000 zusätzliche Rekrutinnen und Rekruten sollen bis 2030 die Truppe aufstocken. Dann läge deren Stärke bei 260.000 Kräften.

Daher hatte das Kabinett, nach langen Verhandlungen, Ende August beschlossen, junge Menschen unter anderem mit mehr Geld zur Bundeswehr zu locken. Kernpunkt des Gesetzesentwurfs: Es soll alles auf freiwilliger Basis geschehen.

Doch der Union ging das nicht weit genug. Sie drängte, als der Ge-

setzesentwurf dann zur Beratung in die Fraktionen kam, auf eine automatische Wiedereinführung der derzeit ausgesetzten Wehrpflicht, wenn sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht genug Freiwillige finden. Das aber wollte die SPD nicht.

Widerstand in SPD-Fraktion

Im Bundestag wurde nun auf Fachebene der Abgeordneten zwischen Union und SPD ein weiterer Kompromiss gefunden – die sogenannte „Wehrdienst-Lotterie“. Diese sah vor: Wenn sich nicht genug Freiwillige für die Bundeswehr melden, dann wird gelost, wer zur Musterrung muss und dann auch zum Wehrdienst verpflichtet wird.

Der große Haken daran: In der SPD-Fraktion regte sich massiver Widerstand, und auch Verteidigungsminister Pistorius zeigte sich wenig begeistert. Eine gemeinsame Pressekonferenz von Union und SPD am späten Dienstagabend im Bundestag wurde in letzter Minute abgesagt, da es dann ja doch überraschend keine Einigung zu verkünden gab.

Nun schieben sich Union und SPD gegenseitig die Schuld zu. „Ich habe es in über 30 Jahren Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag noch nie erlebt, dass ein Bundesminister in seinem eigenen Verantwortungsbereich ein wichtiges Gesetzesentwurfsvorhaben frontal torpediert und die eigene Fraktion in Chaos stürzt“, sagte der stellvertretende Union-Fraktionsvorsitzende Norbert Röttgen in der Süddeutschen Zeitung über Pistorius.

Dessen Konter im Tagesspiegel:

„Ich torpediere nicht, und ich bin

auch nicht destruktiv. Ich habe nur gewisse Schwierigkeiten damit, dass zwei elementare Stellen meines Gesetzesentwurfs geändert werden, bevor dieser überhaupt offiziell in den Bundestag eingebracht werden ist.“

Der deutsche Verteidigungsminister hat mit Blick auf die „Wehrdienst-Lotterie“ nicht nur rechtliche Bedenken. Er besteht zumindest auf einer flächendeckenden Musterung, auch wenn der Einstieg in die Bundeswehr freiwillig sein sollte. Nur so bekomme er einen Überblick „für die Einsatzfähigkeit und für die Fähigkeit, einzuberufen im Ernstfall“, so Pistorius.

Obwohl es keine Einigung gibt, soll der Gesetzesentwurf am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag debattiert werden. Jens Spahn (CDU), der Chef der Unions-Fraktion, drängt auf weitere Verhandlungen im parlamentarischen Verfahren und mahnt: „Gesetze werden in Deutschland immer noch vom Parlament verhandelt und beschlossen, nicht von Ministern.“

Kommentar Seite 24



Die Union will das Los entscheiden lassen, wer zur Bundeswehr muss.

AFP/INA FASSBENDER